

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 17/7

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung, entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Annette Groth

MdB DIE LINKE, menschenrechtspolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Gesundheit in Entwicklungsländern



Berlin, den 25.6.2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

die Abgeordnete Annette Groth war gemeinsam mit ihrer Fraktionskollegin Inge Höger und dem ehemaligen Abgeordneten Norman Paech an Bord des Gaza-Hilfsschiffs Mavi Marmara, als dieses in internationalen Gewässern von israelischem Militär aufgebracht wurde. Neun Aktivisten des Hilfsschiffs wurden dabei getötet. DIE LINKE fordert internationale Aufklärung dieses ungeheuerlichen Vorgangs und die Beendigung der Blockade von **Gaza** durch Israel.

In den Juni-Sitzungswochen forderte DIE LINKE außerdem die gesetzliche Verankerung der Zusage, die **Entwicklungshilfe** bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern, ein transparentes und demokratisches Ratifizierungsverfahren zum EU-**Freihandelsabkommen** mit Kolumbien und Peru unter Beteiligung des Bundestags und die Umsetzung des Rechts auf **Wasser** und sanitäre Grundversorgung.

Heike Hänsel, Annette Groth, Niema Movassat,

Dr. Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

Gaza-Blockade (ab S. 3):

Rede von Annette Groth (10.6.2010): Vorwürfe gegen Freegaza sollen vom Angriff auf die Flottille und der Rechtswidrigkeit der Blockade ablenken

Antrag der Fraktion DIE LINKE (17.6.2010): VN-geführte Untersuchung des israelischen Angriffs auf den Gaza-Hilfstransport – Sofortige Aufhebung der Blockade

Millenniumsentwicklungsziele und Entwicklungsfinanzierung (ab S. 6)

Antrag der Fraktion DIE LINKE (9.6.2010): Steigerung der Entwicklungshilfequote auf 0,7 Prozent gesetzlich festlegen

Rede von Niema Movassat (17.6.2010): Entwicklungshilfe: Deutschland ist Weltmeister im Brechen von Versprechen

Presseerklärung der Obleute im Unterausschuss Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung (17.6.2010): Jetzt zu unseren Versprechen stehen – nicht mit leeren Händen nach New York!

Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru (ab S. 11)

Antrag der Fraktion DIE LINKE (9.6.2010): Freihandelsabkommen EU-Kolumbien-Peru – Mitwirkungsrecht des Deutschen Bundestags sichern

Rede von Heike Hänsel (10.6.2010): Mitbestimmung der Parlamente der EU-Mitgliedsländer stärken, sozial-ökologische, kulturelle Menschenrechte schützen

Wasser (ab S. 13)

Rede von Niema Movassat (10.6.2010): Würdevolles Leben für Alle: Umsetzung des Rechts auf Wasser und Sanitäre Grundversorgung

Vorwürfe gegen Freegaza sollen vom Angriff auf die Flottille und der Rechtswidrigkeit der Blockade ablenken

Nur eine internationale Untersuchung kann die Vorwürfe widerlegen, die mittlerweile gegen Freegaza vorgebracht werden. Diese Vorwürfe sollen vom rechtswidrigen Angriff auf die Flottille und der Rechtswidrigkeit der Blockade ablenken. So werden Opfer zu Tätern erklärt, so Annette Groth, die als Passagierin der Hilfs-Flottille den Überfall der israelischen Armee in der Nacht zum 1. Juni miterlebt hatte, in der aktuellen Stunde im Bundestag.

Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrter Präsident!

Ich war auf zwei Schiffen der Free-Gaza-Flottille, erst auf der keinen Challenger 1 unter US-amerikanischer Flagge mit 16 Passagieren, und am 29. Mai bin ich auf die Mavi Marmara umgestiegen. Ich möchte betonen, dass alle Passagiere auf allen Schiffen unterschrieben haben, dass es eine friedliche Mission ist und dass wir keine Gewalt anwenden werden.

(Beifall bei der LINKEN - Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Auch noch vertragsbrüchig!)

Ich bin überzeugte Pazifistin und hätte nie gedacht, dass es zu solch einer Gewalt mit neun Toten kommen könnte.

Ich bin sehr froh, dass ich nicht Zeugin von Schießereien oder anderen Gewalttaten wurde. Aber ich wurde Zeugin einer äußerst menschenunwürdigen Behandlung vonseiten der israelischen Soldaten. So habe ich gesehen, dass Verletzte auf der Treppe zum oberen Deck mit dem Kopf nach unten transportiert wurden; für Schwerverletzte kann das tödlich sein. Viele Männer hatten ihre Hände stundenlang mit Kabelbindern auf dem Rücken gefesselt. Ich war eine der wenigen Frauen, deren Hände ebenfalls auf dem Rücken gefesselt wurden. Der Toilettenbesuch wurde willkürlich erlaubt oder verboten. Ein israelischer Soldat hat eine palästinensische Israelin mit den Worten beschimpft: Solche Leute wie ihr gehören alle ins Meer geworfen.

Nur durch eine internationale Untersuchung können die Vorwürfe widerlegt werden, die mittlerweile gegen uns vorgebracht werden. Durch diese Vorwürfe soll anscheinend auch vom rechtswidrigen Angriff auf die Flottille und von der Rechtswidrigkeit der Blockade abgelenkt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dem deutschen Free-Gaza-Bündnis gehören neben der IPPNW - das sind die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs - auch die katholische Friedensbewegung Pax Christi an.

(Herbert Behrens [DIE LINKE]: Terroristen!)

In einer Presseerklärung betonte das deutsche Free-Gaza-Bündnis gestern, dass die türkische Hilfsorganisation IHH eine von weltweit 3 000 Nichtregierungsorganisationen ist, die beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen einen beratenden Status haben.

(Herbert Behrens [DIE LINKE]: Terroristen!)

Dazu muss eine Organisation demokratische und transparente Entscheidungsprozesse nachweisen. Die Vorwürfe, der Free-Gaza-Bewegung gehörten auch Parteien mit rechten Tendenzen an, scheinen haltlos und tendenziös.

Noch ein Punkt ist mir sehr wichtig. Überall werden nun israelische Videos gezeigt. Die israelische Marine hat die absolute Bildhoheit über die Vorfälle. Der deutsche Journalist Mario Damolin, der für die FAZ auf einem Schiff der Flottille war, konnte einen Chip seiner Kamera retten. Alles andere Bildmaterial der Aktivisten und auch von mir hat die israelische Marine eingesteckt.

Inzwischen wurde bewiesen, dass die israelischen Videos manipuliert waren. Das Komitee zum Schutz von Journalisten hat inzwischen gegen die Bearbeitung und Verbreitung des Bildmaterials protestiert, das den rund 60 ausländischen Journalisten und Journalistinnen abgenommen wurde. Inzwischen haben auch die israelischen Streitkräfte eingeräumt, dass es sich bei den Aufnahmen eines Gesprächs, bei dem angeblich ein Aktivist die Militärs aufforderte, nach Auschwitz zurückzukehren, um eine Fälschung handelt. Diese Fälschung wurde leider auch von einigen deutschen Medien übernommen.

Meine große Sorge gilt zurzeit Hanin al-Suabi, Free-Gaza-Aktivistin und Mitglied der Knesset. Man will ihre Immunität aufheben und ihr die israelische Staatsbürgerschaft aberkennen. Außerdem kursiert im Internet ein Mordaufruf. Ein Likud-Abgeordneter will sie wegen Hochverrats anklagen. Hanin ist äußerst gefährdet, und ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, mitzuhelfen, sie in das parlamentarische Schutzprogramm aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mit einem Zitat von Bischof Tutu schließen:

Wenn du dich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhältst, hast du dich auf die Seite des Unterdrückers gestellt.

Die ehemalige israelische Kultusministerin Schulamit Aloni betonte, dass ein Staat, der ein anderes Volk unterdrückt, nicht in Sicherheit leben kann. Als Menschenrechtspolitikerin und -aktivistin werde ich mich natürlich weiterhin für die Aufhebung der Blockade einsetzen, und dafür werbe ich um Ihre Unterstützung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)



Annette Groth (rechts im Bild) mit der ehem. US-Kongress-Abgeordneten Ann Wright kurz vor der Abfahrt des Gaza-Schiffes

VN-geführte Untersuchung des israelischen Angriffs auf den Gaza-Hilfstransport – Sofortige Aufhebung der Blockade

Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE (Bundestagsdrucksache 17/2259)

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Präsident des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hat am 1. Juni 2010 nachdrücklich die Forderung an die israelische Regierung gerichtet, ein Ende der Gewalt ernsthaft und unverzüglich anzustreben. Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dürfen nicht länger von Israel missachtet werden.

Der Angriff des israelischen Militärs auf den Free-Gaza-Schiffskonvoi war ein verbrecherischer und aggressiver Akt. Nichts kann die Gewalt rechtfertigen, mit der das israelische Militär bei dem Angriff auf den Schiffskonvoi vorgegangen ist. Die Angehörigen der getöteten Friedensaktivisten und die Verletzten haben das Mitgefühl des Deutschen Bundestages.

Dieser Angriff des israelischen Militärs auf die Schiffe des internationalen Konvois mit Hilfsgütern für die Bevölkerung in Gaza in internationalen Gewässern hat die Lage im Nahen Osten weiter verschärft. Das Vorgehen und die bisherigen Erklärungen der israelischen Regierung tragen nicht zur Entspannung bei. Sie gefährden zusätzlich die indirekten Gespräche zwischen der israelischen und der palästinensischen Regierung.

Die fortdauernde Abriegelung des Gaza-Streifens, die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung und die Behinderung sowie Abweisung von Hilfstransporten widersprechen dem Völkerrecht. Die Vereinten Nationen, eine Vielzahl Regierungen aus aller Welt, darunter auch die Bundesregierung, fordern, die Blockade des Gaza-Streifens zu beenden. Diese ist auch nicht durch die völkerrechtswidrigen Raketenangriffe der Hamas auf Israel zu rechtfertigen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- sich für die sofortige Einsetzung einer neutralen VN-geführten Untersuchungskommission zur Aufklärung des Angriffs einzusetzen und die israelische Regierung aufzufordern, dieser Untersuchungskommission unverzüglich alle Unterlagen und Materialien zur Verfügung zu stellen, die Film-, Foto- und Audioaufnahmen der Free-Gaza-Passagiere freizugeben und der Kommission alle Freiheiten für die notwendigen Ermittlungen einzuräumen.
- von Israel die sofortige Beendigung der Gaza-Blockade zu fordern und damit eine geregelte, freie Ein- und Ausreise sowie den Transport von Waren und Gütern sicher zu stellen.
- von der israelischen Regierung Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Angriffs einzufordern.
- sich dafür einzusetzen, dass Israel die gesamten Hilfslieferungen in den Gaza-Streifen passieren lässt und die Hamas-Führung unabhängig davon aufzufordern, alle Hilfslieferungen bedingungslos anzunehmen und an die Bevölkerung auszugeben, bzw. die VN bei der Verteilung der Hilfsgüter zu unterstützen.

Steigerung der Entwicklungshilfe-Quote auf 0,7 Prozent gesetzlich festlegen

Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Annette Groth, Jan van Aken, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Christine Buchholz, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Michael Leutert, Stefan Liebich, Dr. Gesine Löttsch, Paul Schäfer, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 17/2024)

Der Bundestag wolle beschließen:

- 1) Am 24. Oktober 1970 hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Annahme der UN-Resolution 2626 (International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade) verpflichtet anzustreben, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentliche Entwicklungshilfe („Official Development Assistance“/ODA) aufzuwenden.
- 2) Dieses Ziel haben die Industrieländer im Laufe der Jahre immer wieder in internationalen Abkommen bekräftigt, zum Beispiel im Rahmen der „Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung“ der UN im März 2002 in Monterrey, Mexiko, oder auf dem „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ im selben Jahr in Johannesburg, Südafrika.
- 3) 2005 hatte die EU einen Stufenplan zur Erreichung einer ODA-Quote von 0,7 Prozent bis 2015 festgelegt. In Schweden wird die ODA-Quote 2010 laut OECD bei 1,03 Prozent und in Dänemark bei 0,83 Prozent liegen. Auch Großbritannien wird mit 0,56 Prozent deutlich über dem Soll des EU-Stufenplans liegen, der als Zwischenziel für 2010 0,51 Prozent vorsieht. Spanien wird es wie zugesagt einhalten.
- 4) Im Gegensatz dazu verfehlt Deutschland durch den vorliegenden Haushalt 2010 mit einer prognostizierten ODA-Quote von etwa 0,40 Prozent das Stufenziel der EU deutlich. Für 2009 wurden nur ca. 0,35 % errechnet. Von dem Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des BNE in die ODA zu investieren, ist Deutschland somit auch 40 Jahre nach der UN-Resolution 2626 immer noch weit entfernt. Auch die Vorgängerregierung hat die Zwischenstufe bei weitem nicht erreicht. Deutschland missachtet damit seine internationalen Verpflichtungen gegenüber den ärmsten Ländern der Welt und erweckt den Eindruck, seine bereits 1970 gegebene Zusage auch weiterhin nicht erfüllen zu wollen.
- 5) Selbst die niedrige ODA-Quote von 0,40 Prozent wird nur unter Anrechnung nicht entwicklungsbezogener Ausgaben erreicht. Dazu zählen etwa Entschuldung, Studienkosten für Studierende aus den Entwicklungsländern, Kosten für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern und sogar für Abschiebungen, Ausbildungsmaßnahmen bzw. den Bau von Ausbildungseinrichtungen für Soldaten und Soldatinnen, Polizisten und Polizistinnen und den Bau von Bundeswehrunterkünften in Afghanistan. Die Bundesregierung plant zudem, auch die Ausgaben für Klimaschutz und die Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern in die ODA einzurechnen, wogegen sich berechtigter Widerspruch von Entwicklungsorganisationen und in den Partnerländern erhebt.

Der Klimawandel ist Resultat der Wirtschafts- und Lebensweise der Industrieländer. Die Menschen in den Entwicklungsländern, die am stärksten unter seinen Auswirkungen leiden, haben Anspruch auf Wiedergutmachung.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- 1.) einen Gesetzentwurf vorzulegen, der festschreibt, dass die Bundesrepublik spätestens ab 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens jährlich in öffentliche Entwicklungshilfe investiert;
- 2.) mit dem Gesetzentwurf einen Stufenplan vorzulegen, der eine gleichmäßige schrittweise jährliche Erhöhung der ODA-Quote bis 2015 verpflichtend festlegt;

3.) in die Berechnung der ODA-Quote ab sofort nur noch solche Leistungen einzubeziehen, die direkt zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den von der OECD als Entwicklungsländer eingestuften Staaten beitragen;

4.) durch Schuldenerlass frei gewordene Gelder, Ausgaben für ausländische Studierende, Kosten für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern einschließlich Abschiebungskosten, Kosten für Ausbildungsmaßnahmen, Ausbildungseinrichtungen und Beratungsmaßnahmen für Soldaten und Soldatinnen oder Polizeikräfte oder etwa der Kosten für den Bau der Bundeswehrunterkünfte in Afghanistan nicht mehr in die öffentliche Entwicklungshilfequote einzuberechnen;

5.) Mittel für Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern nicht in die ODA-Quote einzuberechnen, sondern zusätzlich bereitzustellen;

6.) im Gesetzentwurf eine umfassende Berichts- und Auskunftspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag vorzusehen.

Begründung

Um die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungspolitik zu stärken, verspieltes Vertrauen bei den Ländern des Südens wiederherzustellen und um einen Beitrag dazu zu leisten, die extreme Armut weltweit zu bekämpfen, muss die Bundesregierung die bereits vor Jahrzehnten gegebenen Versprechen an die Entwicklungsländer spätestens bis 2015 verbindlich erfüllen. Das 0,7-Prozent-Ziel ist das einzige international vereinbarte Instrument zur Erreichung der von der 55. Generalversammlung der UN im September 2000 beschlossenen Millenniumsziele. Hier verpflichtete sich auch Deutschland, eine neue globale Partnerschaft zur Reduzierung von extremer Armut einzuleiten. In der Erklärung wurden acht Entwicklungsziele, die sogenannten Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), festgelegt, die bis zum Jahre 2015 umgesetzt werden sollten. Die Ziele reichen von der Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut leidet, von der Ermöglichung einer Grundschulausbildung für alle Kinder und den Kampf gegen HIV/AIDS.

Die Bundesregierung muss dringend ihren zugesagten Mindestbeitrag leisten, auch um andere Geberländer zu ermutigen, erteilte Zusagen gegenüber den Ländern des Südens einzuhalten. Besonders während einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise müssen die Geberländer Zuverlässigkeit demonstrieren, weil nur langfristige Investitionen die Entwicklungsländer in die Lage versetzen können, die Millenniumsziele zu erreichen.

Aus diesen Gründen liegt in Großbritannien ein Gesetzentwurf des Ministers für internationale Entwicklung zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels bis 2013 bereits vor. Außerdem haben mehrere Länder das 0,7-Prozent-Ziel heute schon erreicht, so Dänemark, Schweden, Norwegen, die Niederlande und Luxemburg. Dieser Antrag soll dafür sorgen, dass die Bundesrepublik Deutschland diesen positiven Beispielen folgt und eine führende Rolle auf globaler Ebene im Kampf gegen Hunger, Krankheiten und Elend einnimmt. Mit der gesetzlichen Verankerung des 0,7-Prozent-Ziels können Bundesregierung und Bundestag die Bedeutung, die sie der Erreichung dieses Ziels beimessen untermauern, jeden Zweifel an ihrer Entschlossenheit, dieses Ziel zu erreichen ausräumen und internationales Vertrauen schaffen.

Um die Finanzierung einer ODA-Quote von 0,7 Prozent zu gewährleisten, hat die Fraktion DIE LINKE der Bundesregierung bereits verschiedene geeignete Vorschläge vorgelegt, etwa die Anträge zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Btg.-Dr. 17/518) und einer Flugticketabgabe (Btg.-Dr. 16/1203). Große Einsparpotenziale bestehen aber auch innerhalb des bestehenden Haushalts, insbesondere im Etat des Bundesministeriums für Verteidigung. Alleine im Haushaltsjahr 2010 könnten im Einzelplan 14 (Militärhaushalt) 4 Milliarden Euro für Rüstungsbeschaffungsvorhaben und Bundeswehreinsetze eingespart werden.

Entwicklungshilfe: Deutschland ist Weltmeister im Brechen von Versprechen

In der Bundestagsdebatte um den Stand der Millenniumsentwicklungsziele stellt Niema Movassat die Initiative der Fraktion DIE LINKE zur gesetzlichen Festlegung des 0,7-Prozent-Ziels vor.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht.
Und man sieht die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.

Diese Worte von Brecht sind heute aktueller denn je; denn im Dunkeln sind die 1 Milliarde Menschen, die hungern; auch in den Medien sieht man sie nicht. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind; bis zum Ende meiner Rede werden es 60 tote Kinder sein. Das ist eine Tragödie.

(Beifall bei der LINKEN)

Erinnern Sie sich? 1970 hat Deutschland das Versprechen abgegeben, 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Heute, 40 Jahre nach Abgabe des Versprechens, sind wir davon weit entfernt; 2010 werden es vermutlich nur 0,4 Prozent sein. Nach dem EU-Stufenplan müsste das Zwischenziel einer Quote von 0,51 Prozent erreicht werden.

Dass die Bundesrepublik ihrer Verpflichtung bisher nicht nachgekommen ist, liegt nicht nur an der aktuellen Regierung, sondern auch an der politischen Tatenlosigkeit von Rot-Grün und der Großen Koalition.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie müssen sich, wenn Sie in Ihrem Antrag von einer „engagierten Entwicklungspolitik der Jahre 1998 bis 2009“ sprechen, schon fragen lassen, warum die größte Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Steigerung der Entwicklungsgelder gerade in Ihre Regierungszeit fällt, warum also solch ein großer Unterschied zwischen den Forderungen in Ihrem Antrag und Ihrem Regierungshandeln besteht.

Unter Schwarz-Gelb wird diese Pflichtverletzung aber zum System. Die Merkel-Westerwelle-Regierung hat ein klares politisches Muster: Gespart wird bei den Ärmsten, in Deutschland bei den Hartz-IV-Empfängern, in der Welt bei den Menschen in den Entwicklungsländern. Immer neue Äußerungen aus der Koalition legen den Verdacht nahe, dass diese Regierung das 0,7-Prozent-Ziel gar nicht erreichen will. Kommen Sie mir nicht mit der Wirtschaftskrise als Ausrede; denn Deutschland hat dieses Ziel auch in wirtschaftlich guten Zeiten nie auch nur annähernd erreicht. Das zeigt, dass der politische Wille fehlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Andere Länder erreichen das Ziel, etwa die Skandinavien und die Niederlande. Auch Großbritannien wird mit einem Anteil von 0,56 Prozent deutlich über dem Soll des EU-Stufenplans liegen, obwohl das Land besonders stark von der Krise betroffen ist.

Die Botschaft von Schwarz-Gelb an die Menschen in den Entwicklungsländern ist: Leider müssen wir Sie mit Ihren Problemen alleinlassen; denn wir brauchen unser Geld für Hotels, Reiche und Banken; sie sind uns wichtiger. Das ist der Kern Ihrer unsozialen Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich mich täuschen sollte und Sie das 0,7-Prozent-Ziel erreichen wollen, können Sie unseren Antrag zustimmen; denn mit unserem Antrag wird das 0,7-Prozent-Ziel gesetzlich verankert und erhält damit einen höheren Verpflichtungsgrad. Außerdem schlagen wir vor, einen Stufenplan zu erstellen, wie dies auch viele

entwicklungspolitische Organisationen fordern. So kann man entwicklungspolitische Arbeit vernünftig planen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch muss klar festgelegt werden, was Entwicklungshilfe eigentlich ist. So darf es nicht sein, dass Entschuldigungen, der Bau von Bundeswehrunterkünften in Afghanistan oder sogar die Abschiebung von Asylbewerbern als Entwicklungshilfe angerechnet werden. Wo bitte findet denn Entwicklungshilfe statt, wenn jemand abgeschoben wird? Das ist doch zynisch. Unser Antrag macht Schluss damit.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch mit der Anrechnung von Klimaschutzgeldern bei der Entwicklungshilfequote muss Schluss sein. NGOs und Partnerländer widersprechen dieser Anrechnung zu Recht; denn der Klimawandel ist Resultat der Wirtschafts- und Lebensweise der Industrieländer. Die Menschen in den Entwicklungsländern, die am stärksten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, haben einen Anspruch auf Wiedergutmachung. Das ist daher keine Entwicklungshilfe.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden fragen, wie die Linke das 0,7-Prozent-Ziel finanzieren will. Wir haben dafür hier im Bundestag die Einführung einer Flugticketabgabe und einer Finanztransaktionsteuer vorgeschlagen, die 15 bis 20 Milliarden Euro bringen würde. Auch die SPD fordert in ihrem Antrag innovative Finanzierungsinstrumente. Schade nur, dass die SPD in ihrer Regierungszeit gegen diese Instrumente gestimmt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sorgen Sie dafür, dass Deutschland nicht Weltmeister im Brechen von Versprechen ist, sonst erreichen wir die UN-Millenniumsentwicklungsziele erst recht nicht. Denken Sie daran: Jede Sekunde, die wir hier zögern, bedeutet Elend, Armut und Tod für Millionen Menschen auf dieser Welt.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Pressemitteilung, 16.6.2010

Jetzt zu unseren Versprechen stehen – nicht mit leeren Händen nach New York!

Presseerklärung der Obleute der Fraktionen im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung

Vom 20. bis zum 22. September 2010 wird in New York der UN-Gipfel zu den Millenniumsentwicklungszielen stattfinden – zehn Jahre nach der Verabschiedung der Ziele durch alle Staats- und Regierungschefs der Welt. Die Sprecher der Fraktionen des Unterausschusses „Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung“ des Deutschen Bundestags wollen in der Vorbereitung dieser Konferenz den Appell des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele unterstützen.

Fortschritte sind in der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele beim Zugang zu Grundschulbildung, zu sauberem Wasser und bei der Bekämpfung von Malaria und HIV/Aids zu verzeichnen, auch in einigen der ärmsten Ländern der Welt. Dies belegt, dass die Millenniumsentwicklungsziele mit der richtigen Politik in den Entwicklungsländern, ausreichenden Investitionen und internationaler Unterstützung durchaus erreichbar sind. Aber die skandalösen Zahlen der Kinder- und Müttersterblichkeit belegen, dass die Weltgemeinschaft seit Jahren weit hinter den Vereinbarungen liegt.

Dass noch immer jede Minute weltweit eine Frau bei der Geburt eines Kindes oder an den Folgen einer Geburt stirbt und 99 % dieser Frauen in Entwicklungsländern sterben, zeigt, welche Anstrengungen notwendig sind, um die Ziele zu erreichen.

Hinzu kommt: Unter den Folgen des Klimawandels, der Weltwirtschaftskrise, Finanz- und Ernährungskrise leiden am meisten die, die mit ihren Ursachen am wenigsten zu tun haben. In den Entwicklungsländern wurden dadurch mühsam errungene Erfolge zunichte gemacht. Ohne zusätzliche Anstrengungen werden einige Ziele in vielen Staaten, vor allem in Subsahara-Afrika, nicht erreicht werden.

Der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat in seinem Bericht zum Stand der Verwirklichung der Millenniums-entwicklungsziele vom Februar diesen Jahres einen eindeutigen und klaren Appell ausgesprochen: Nur mit einem noch in diesem Jahr vereinbarten weltweiten Aktionsplan können die Millenniums-Entwicklungsziele noch erreicht werden! Der UN-Gipfel vom 20.-22. September in New York bietet eine einzigartige Chance, um gemeinsame Anstrengungen und Partnerschaften zu stärken. Der Millenniumsgipfel sollte ein Rahmenwerk verabschieden, das weltweite Hilfszusagen zusammenführt, eine Effizienzsteigerung der Mittel bewirkt, Ergebnisse mit einem Zeitplan verbindet und Instrumente zur Überprüfung enthält.

Bei der Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele ist die internationale Gemeinschaft eine Verpflichtung eingegangen, die für Millionen von Menschen zur entscheidenden Hoffnung und Aussicht im Kampf gegen Hunger und Armut wurde. Beim G-8 Gipfel 2005 in Gleneagles sind als Ziel für 2010 rund 154 Milliarden US-Dollar an Official Development Assistance zugesagt worden. Zusätzlich müssen aber, nach Aussagen von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, alle Geber zusammen 35 Milliarden US-Dollar bereit stellen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wirtschaftswachstum ist notwendig, reicht aber nicht aus, um Fortschritte zur Verwirklichung der Millenniums-entwicklungsziele zu erzielen. Wir müssen sicherstellen, dass das Wachstum alle Beteiligten einschließt, um die Armut bekämpfen zu können. Es geht um nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit und um ein Wachstum, das die natürlichen Ressourcen schont, die biologische Vielfalt nicht gefährdet und den Klimawandel eindämmen hilft.

Zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ist ein kohärenter Politikansatz notwendig. Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht durch einseitige Weichenstellungen auf anderen Politikfeldern – etwa der Finanz- Handels oder Agrarpolitik – konterkariert werden.

Zurecht hat UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon gewarnt, dass es ein „inakzeptables Versagen“ bedeuten würde, wenn die Ziele nicht erreicht werden können. Wir erwarten von der deutschen Regierung, dass unser Beitrag zur Finanzierung der Millenniumsentwicklungsziele verlässlich geleistet wird. Darüber hinaus gilt es, dafür zu sorgen, dass auch die anderen Geberländer sich verbindlich verpflichten, die zugesagten Gelder bereitzustellen.

Dr. Bijan Djir-Sarai, MdB, FDP
Heike Hänsel, MdB, LINKE
Thilo Hoppe, MdB, Bündnis 90 / Die Grünen
Jürgen Klimke, MdB, CDU/CSU
Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB, SPD

Freihandelsabkommen EU-Kolumbien-Peru: Mitwirkungsrecht des Deutschen Bundestags sichern

Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Dieter Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 17/1970)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) und Lateinamerikas am 18. Mai 2010 in Madrid wurde das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru unterzeichnet. Seitens der Europäischen Union (EU) müssen noch die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren den Abschluss bestätigen.

Die in dem Freihandelsabkommen enthaltenen Regelungen zur Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte und zur Liberalisierung des Wettbewerbsrechts sowie des Investitions- und Patentschutzes bedeuten fundamentale Eingriffe in die Ordnungspolitik der lateinamerikanischen Partnerländer und berühren damit entwicklungspolitische Fragen.

Vor dem Hintergrund der gravierenden Menschenrechtssituation in Peru und Kolumbien und jüngster Enthüllungen nach denen der kolumbianische Geheimdienst DAS mit illegalen Mitteln versucht hat, Einfluss auf den EU Menschenrechtsausschuss zu nehmen, haben viele menschenrechtspolitische Organisationen gegen den Abschluss des Abkommens protestiert.

Das Freihandelsabkommen EU-Kolumbien-Peru enthält nach einer über den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags (WD 11 - 3000 -85/10) übermittelten vorläufigen Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft auch Aspekte, die nicht vom Anwendungsbereich der vergemeinschafteten Handelspolitik erfasst sind. Deshalb ist eine Ratifizierung durch die Parlamente der Mitgliedstaaten der EU erforderlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- unverzüglich und umfassend mitzuteilen, welche weiteren Aspekte das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru neben handelspolitischen Aspekten enthält;
- nach dem Abschluss des Abkommens im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren dem Bundestag den Entwurf eines Zustimmungsgesetzes vorzulegen, um so dem Bundestag die Ausübung der legislativen Aufgabe zu ermöglichen, über die Ratifizierung eines nicht ausschließlich handelspolitische, sondern auch struktur-, verfassungs- und menschenrechtspolitische Aspekte behandelnden Freihandelsabkommens zwischen der EU, Kolumbien und Peru zu entscheiden.

Mitbestimmung der Parlamente der EU-Mitgliedsländer stärken, sozialökologische, kulturelle Menschenrechte schützen

Heike Hänsel fordert für die Fraktion DIE LINKE, dass das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru dem Bundestag vorgelegt werden muss, weil dadurch entwicklungs- und strukturpolitische Fragen berührt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf dem EU-Lateinamerika Gipfel am 18. und 19. Mai diesen Jahres hat die EU mit Kolumbien und Peru ein so genanntes Assoziierungsabkommen unterzeichnet, trotz der massiven Kritik von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen an der Menschenrechtssituation in diesen Ländern und den Auswirkungen von Freihandelsabkommen.

Das steht der Mitte der 1990er Jahre verabschiedeten Menschenrechts- und Demokratieklausele der EU entgegen. Diese besagt, dass die EU mit Staaten, die die Menschenrechte verletzen, ihre Kooperation erst gar nicht beginnen bzw. aussetzen oder einschränken soll, beispielsweise durch eine Einschränkung des Waffenhandels, von Militärhilfen oder eine inhaltliche Änderung anderer wirtschaftlicher Kooperationsprogramme, die diese Staaten bei der Verletzung der genannten Klausel hart treffen würde.

Nach den verschiedenen Stellungnahmen der Bundesregierung zur Menschenrechtssituation in Kolumbien zu urteilen, ist der Bundesregierung aber auch der europäischen Exekutive bekannt, dass in dem Partnerland Kolumbien massive Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Warum also dieses Abkommen?

Die Annahme, die Umsetzung wirke sich positiv auf die Menschenrechtssituation eines Landes wie Kolumbien aus, ist reiner Hohn für die 300.000 neuen Vertriebenen, die 48 ermordeten Gewerkschafter im Jahre 2009 und für die Familien der über 1200 Fälle der durch das kolumbianische Militär systematisch erfolgten Verschleppung und Ermordung von Unschuldigen. In diesem aggressiven Wettbewerb wird es viele Verlierer und nur wenige Gewinner geben. Um nur ein Beispiel zu benennen, warnte die kolumbianische Viehzüchterföderation noch vor der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens:

„ ... das zu unterzeichnende Freihandelsabkommen zerstört die Produktion von Fleisch, Milch und deren Erzeugnisse im ungleichen Wettbewerb mit der EU und bringt mehr Armut und Hunger in die ländlichen Regionen und für 400 000 Familien den Ruin“.

Gerade die Bundesregierung war Motor bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien und das zeigt: Menschenrechte zählen nichts gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der in Kolumbien tätigen deutschen und europäischen Unternehmen. Denn deren Handelsgewinne vergrößern sich mit dem Freihandelsabkommen, ihren Investitionen werden höhere Profite garantiert – sie gehören zu den wenigen Gewinnern.

Die Linke fordert das gesetzlich garantierte Mitspracherecht des Bundestages bei EU-Verträgen, die über die Handelspolitik hinausreichen, bei dem anstehenden Ratifizierungsprozeß des Freihandelsabkommens ein. Dieses Abkommen enthält Regelungen zur Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte und zur Liberalisierung des Wettbewerbsrechts sowie des Investitions- und Patentschutzes und greift fundamental in die Ordnungspolitik der lateinamerikanischen Partnerländer ein. Somit berührt es entwicklungspolitische Fragen, die die Zuständigkeit der nationalen Parlamente der Mitgliedsländer betreffen. Zudem beinhaltet das Abkommen auch Klauseln zu Menschenrechten und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die nicht handelsrelevant sind.

Stärken wir den demokratischen Entscheidungsprozess in der EU, schenken wir endlich den Opfern der Öffnung der Märkte im Süden Aufmerksamkeit. Setzen wir uns gemeinsam für solidarische Wirtschaftsbeziehungen und für eine andere Handelspolitik ein, die den Kleinbauernbewegungen in Lateinamerika und der Karibik sowie in Europa das Überleben und die Ernährungssouveränität der Länder ermöglicht.

Würdevolles Leben für Alle: Umsetzung des Rechts auf Wasser und Sanitäre Grundversorgung

Niema Movassat begründet für die Fraktion DIE LINKE deren Zustimmung zum Antrag der Grünen „Die Anerkennung des Menschenrechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung weiterentwickeln“ (Bundestagsdrucksache 17/1779):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Ohne Wasser kein Leben“ lautet eine alte Wahrheit. Heute müsste es heißen: Ohne Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung gibt es kein würdevolles Leben. Dennoch trinken mehr als 1 Milliarde Menschen aus verschmutzten Quellen.

Aber was bedeutet das im Lebensalltag von Menschen? – Auf dem Land bedeutet es, erst einmal eine halbe Stunde aus dem Dorf heraus zu laufen, um sich hinter irgendeinen Busch zu hocken. Für Frauen bedeutet es, sich der Gefahr von sexuellen Übergriffen auszusetzen. Für viele Mädchen und Frauen bedeutet es, dass sie sich aufgrund mangelnder Privatsphäre und Scham nirgendwo erleichtern können und krank werden. Viele Mädchen besuchen mangels eigener Toilette keine Schule.

In Lusaka, der Hauptstadt von Sambia, greifen viele Menschen mangels Toiletten auf die einfachsten Mittel zurück, etwa die „fliegende Toilette“. Man macht in eine Plastiktüte und wirft sie dann auf der Straße weg. Alle 20 Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an einfachen Erkrankungen wie Durchfall. Dies alles sind unhaltbare Zustände. Die reichen Industriestaaten sind aufgefordert, viel mehr zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn vom Erreichen des UN-Millenniumsziels, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Wasser und Abwasserentsorgung zu halbieren, sind wir meilenweit entfernt. Dafür müsste pro Sekunde mehr als eine Toilette gebaut werden.

Ein sehr deutliches Beispiel für lebensbedrohliche Wasserprobleme ist die Situation der Menschen in Gaza und der Westbank. Der Salzgehalt im Trinkwasser ist im Gazastreifen mittlerweile gesundheitsgefährdend hoch. Die von Israel errichtete Mauer in der Westbank verhindert den Zugang von Palästinensern zu Wasserquellen.

Es ist ihnen verboten, auf ihrem eigenen Land neue Brunnen zu bauen oder alte zu reparieren. Israel hat zusätzlich durch seinen extremen Wasserverbrauch drastisch zum Absinken des Grundwasserspiegels beigetragen. Ein weiteres Beispiel hat der Kollege Herr Haibach heute schon zu Gaza genannt: Zurzeit versucht die GTZ, in Gaza eine Kläranlage zu bauen. Doch auch das kann nicht funktionieren, weil Israel die Einfuhr von Bauteilen verbietet und die Abwassersituation damit verschärft. Als Besatzungsmacht ist Israel völkerrechtlich zur Versorgung der palästinensischen Bevölkerung verpflichtet.

Diese Verpflichtung wird von Israel aber vollkommen missachtet. Dabei stünde es Israel gut zu Gesicht, die Menschenrechte, auch das Recht auf Wasser, endlich zu achten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dennoch denkt Entwicklungsminister Niebel öffentlich über trilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Israel nach. Warum gerade Israel als Experte für Wasserfragen in Entwicklungsprojekten herangezogen werden soll, ist mir unbegreiflich, denn es honoriert die Menschenrechtsverletzungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag der Grünen greift vor allem die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser und auf sanitäre Grundversorgung in allen EU-Ländern auf. Das ist lobenswert, und deshalb werden wir dem Antrag heute

zustimmen. Aber es muss auch die Frage gestellt werden, was die Ursache dafür ist, dass weltweit jeder fünfte Mensch keinen Zugang zu sauberem Wasser hat. Denn es gibt genügend Wasser auf der Erde. Ob es jedoch sauber und trinkbar ist und wie es verteilt wird, hängt von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ab. Denn Wasser wird weltweit von Firmen durch Ölbohrungen verseucht. Es wird den armen Menschen durch Anstauung und Bewässerungsprojekte vorenthalten.

Warum haben circa 40 Prozent der Weltbevölkerung keine hygienischen Toiletten und erst recht keinen Abwasseranschluss, wenn es Konzepte für dezentrale und technisch einfache Lösungen sehr wohl gibt?

(Beifall bei der LINKEN)

Hier geht es um den politischen Willen zu strukturellen Veränderungen und darum, dass Menschenrechte über Profiten zu stehen haben. In der letzten Wahlperiode haben Sie von der FDP dem Antrag der Grünen auf Verbesserung der sanitären Grundversorgung zugestimmt. Dass Sie dies heute aus koalitionstaktischen Gründen nicht tun, ist wirklich schade. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Annette Groth, MdB

Niema Movassat, MdB

Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Bundestag, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau der Fraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau der Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Gesundheit in Entwicklungsländern

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73179

Telefon: 030 – 227 77207

Telefon: 030 – 227 71760

Fax: 030 227 – 76179

Fax: 030 – 227 76207

Fax: 030 – 227 76663

heike.haensel@bundestag.de

annette.groth@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Dr. Birgit Bock-Luna

Uwe Hicks

Manuel Faber

Carlos Hainsfurth

Alexandra Prieß

Alexandra Safi

Florian Warweg

Christine Scherzinger

Kim Weidenberg

Henning Zierock

Tanja Tabbara

Entwicklungspolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE: Dr. Alexander King

Telefon: 030 – 227 52 802

Email: alexander.king@linksfraktion.de